

Projekte ohne Integrationskraft

Die deutsch-französische Zusammenarbeit seit 2003

Daniela Schwarzer*

» Seit dem Jubiläum des Elysée-Vertrages 2003 hat sich die bilaterale Kooperation auf vielen Gebieten neuerlich intensiviert. Doch erhoffte Integrationseffekte durch die verstärkte Zusammenarbeit blieben aus. In der Europapolitik fehlt eine gemeinsame Zielrichtung. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft startet im Januar ohne Unterstützung aus Paris.

Gut eineinhalb Jahre nach dem negativen Ausgang der Referenden zum Europäischen Verfassungsvertrag in Frankreich und den Niederlanden übernimmt Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft am 1. Januar 2007 unter schwierigen Vorzeichen. Erklärtes Ziel der Bundesregierung ist es, aufzuzeigen, wie die politische Substanz des Vertrags gerettet werden kann. Doch in der nunmehr zweijährigen „Denkpause“, die sich die 25 EU-Staaten verordnet haben, hat sich eine vielstimmige Debatte entwickelt, in der der Reformkompromiss des Vertrags längst nicht mehr den Konsens der Regierungen darstellt.¹ In dieser zerfaserten Diskussion ist es Deutschland bislang nicht gelungen, eine wirksame Meinungsführerschaft zu übernehmen.

Eine Erklärung hierfür ist, dass Berlin und Paris in Sachen Verfassungsvertrag und Zukunft der EU seit dem 29. Mai 2005 nicht mehr mit einer Stimme sprechen. Im Gegenteil: Während die Bundesregierung hinter dem vereinbarten Reformpaket steht, stellen französische Politiker (einschließlich der aussichtsreichsten Kandidaten auf das Präsidentenamt) den Reformkompromiss infrage, indem sie einen neuen Vertrag oder die Umsetzung nur einiger seiner Elemente fordern. Über diese konstitutionellen Fragen hinaus bestehen zwischen beiden Ländern in verschiedenen Politikfeldern (etwa im Bereich der Industriepoli-

tik) latente oder offene Konflikte, während wichtige Zukunftsaufgaben zumindest bisher nicht gemeinsam bearbeitet werden (zum Beispiel die anstehende umfassende Reform des EU-Budgets oder eine Abstimmung der Positionen in der Diskussion um die EU-Erweiterungsstrategie und die Aufnahmefähigkeit der Gemeinschaft). Es gibt derzeit keine gemeinsame Marschrichtung beider Regierungen in grundlegenden Fragen der Europapolitik. Gerade diese aber stellen sich angesichts der andauernden Hilflosigkeit im Umgang mit dem Verfassungsvertrag neu.

Paradoxerweise sind Deutschland und Frankreich just zu einer Zeit in diese Lage geraten, in der sie durch eine gezielte Intensivierung der bilateralen administrativen und politischen Zusammenarbeit der europäischen Integration neue Impulse verleihen wollten. Mit der Gemeinsamen Erklärung zum 40-jährigen Jubiläum des Elysée-Vertrags vom 22. Januar 2003 wurde die Grundlage für eine sehr viel engere Kooperation gelegt, an die öffentlich hohe Erwartungen hinsichtlich ihrer Integrationswirkungen für die EU geknüpft wurden. Dieser Beitrag² analysiert die Mechanismen der operativen Zusammenarbeit seit 2003 und evaluiert die Ergebnisse mit besonderem Interesse an der Frage, wie beide Länder dadurch ihrer selbst deklarierten Impulsgeberfunktion in der EU näher kommen.³

* Dr. Daniela Schwarzer ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin.

Hintergrund der Elysée-Erklärung von Januar 2003 waren die über Jahre hinweg aufgebauten Spannungen zwischen der seit 1998 regierenden rot-grünen Bundesregierung und Frankreichs Staatspräsident Jacques Chirac (etwa um die Stimmengewichtung im Rat, die EU-Agrarpolitik, etc.). In der Öffentlichkeit hatte sich der Eindruck verfestigt, Berlin und Paris fehle es an gemeinsamem Willen und an Ideen, wie die deutsch-französischen Beziehungen wieder dynamisiert werden könnten. Hinzu kamen unterschiedliche Vorstellungen zur Finalität der EU, die sich etwa an der Humboldt-Rede des damaligen Bundesaußenministers Joschka Fischer im Mai 2000 und an Präsident Chiracs Replik im Bundestag im Juni 2000 ablesen lassen. Diese Vorkommnisse zeugten von den Schwierigkeiten, die deutsch-französischen Beziehungen nach der Wiedervereinigung weiterzuentwickeln und die bilaterale Interessen in der EU abzustimmen.⁴

Frankreich musste seine Rolle gegenüber Deutschland neu definieren, dem nunmehr mit Abstand größten EU-Land, das sich, befreit von früheren

rechtlichen Souveränitätsbeschränkungen, außen- und europapolitisch neu verortete. Zu den politischen Spannungen gesellte sich eine „freundschaftliche Gleichgültigkeit“ auf gesellschaftlicher Ebene, die sich etwa als in Umfragen artikuliertes Desinteresse am Partnerland oder in einer nachlassenden Bereitschaft zum Erlernen der jeweils anderen Sprache manifestierte. Damit schien erstmals in der Nachkriegszeit der historische Erfolg der zivilgesellschaftlichen Annäherung zwischen beiden Ländern gefährdet, die als Grundlage der politischen Zusammenarbeit gilt.

Vor diesem Hintergrund sollte die Neuauflage des Elysée-Vertrages die Strukturen der deutsch-französischen Zusammenarbeit festigen und einen besseren Interessenabgleich ermöglichen. Bilaterale Projekte und Aktivitäten sollten intensiviert und stärker in eine europäische Perspektive gerückt werden, um Deutschland und Frankreich wieder in die Rolle des Motors in der EU zu bringen. Zudem sollte die Zusammenarbeit laut der Gemeinsamen Erklärung von Januar 2003 die

EU-Erweiterung und die Gestaltung einer gemeinsamen Verfassung in einer globalisierten Welt erfolgreich bewältigen und „den Partnern eine gemeinsame Vision des Europa von morgen vorzuschlagen“. Hinter der Elysée-Erklärung stand somit auch der Wunsch beider Staaten, ihr politisches Gewicht in der auf 25 Staaten erweiterten EU zu behaupten.

Die Kooperation soll in vier Bereichen jeweils in „exemplarischer Weise“ als „Grundlage für europäische Politiken“ dienen: bei Maßnahmen zur Stärkung der gesellschaftlichen Beziehungen, bei innenpolitischen Abstimmungen (etwa die Harmonisierung nationaler Gesetzgebung oder die Erarbeitung gemeinsamer Positionen zu grundsätzlichen Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik), bei einer engeren außenpolitischen Zusammenarbeit und bei Vorschlägen für konkrete europäische Initiativen (etwa zur Stärkung der EU-

Institutionen oder zur Schaffung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion inklusive einer europäischen Rüstungspolitik⁵).

Damit diese Vorhaben verwirklicht werden können,

institutionalisierte die Erklärung neue Abstimmungsprozesse. Hierzu gehörte die Einführung des Deutsch-Französischen Ministerrats, die Benennung von Beauftragten für die deutsch-französischen Beziehungen und ihren Stellvertretern aus dem jeweils anderen Land, eine erhöhte Frequenz von Ministertreffen und eine Intensivierung der Zusammenarbeit auf Beamtenebene.

Deutsch-Französische Ministerräte

Seit dem 40. Jahrestag des Elysée-Vertrages im Januar 2003 finden die Regierungskonsultationen in Form gemeinsamer Kabinettsitzungen statt, bei denen eine große Bandbreite sachpolitischer Themen erörtert wird. Die Deutsch-Französischen Ministerräte geben Impulse für Projekte, deren Etappenziele, Probleme und Fortschritte für jedes einzelne Ressort in detaillierten Arbeitsplänen (‘Feuilles de route’) festgehalten werden. Die Treffen – und vor allem ihre Vor- und Nachberei-

„Es gibt derzeit keine gemeinsame Marschrichtung in grundlegenden Fragen der Europapolitik.“

– werden einhellig als wichtige Intensivierung der bilateralen Beziehungen bewertet. Erstens wird den politischen Akteuren ein neuer Rahmen für den inhaltlichen Austausch und die Vertrauensbildung gegeben. Die Eröffnung der Ministerratstreffen durch die Diskussion eines tagespolitischen Themas und die Zeit für Begegnungen am Rande der offiziellen Sitzungen ermöglichen ein wachsendes Verständnis für das Partnerland auf höchster Regierungsebene. Zweitens wird die bilaterale Zusammenarbeit weniger abhängig von den persönlichen Beziehungen zwischen den Ressortchefs. Auch Minister, die kein Interesse an den deutsch-französischen Beziehungen haben und/oder nur eine geringe persönliche Sympathie füreinander verspüren, sind – sofern sie an den Ministerratstreffen teilnehmen – nicht nur zum persönlichen Kennenlernen (und Wiedersehen) gezwungen, sondern auch dazu verpflichtet, gemeinsam über den Sachstand und Fortgang angestoßener Vorhaben zu berichten. Dies führt drittens zu einer größeren Intensität und Zielorientierung der Kooperation auf der Arbeitsebene. Die 'Feuilles de route' geben den Ministerialbürokratien aller Ressorts für die rund sechs Monate bis zum nächsten Ministerrat konkrete Ziele und einen klaren Rahmen zur Zusammenarbeit vor.

Die Rolle der Beauftragten

Die höchste Koordinierungsinstanz unterhalb der politischen Ebene sind die beiden Beauftragten für die deutsch-französische Beziehungen. Sie koordinieren die Vorbereitung, Durchführung und weitere Behandlung der Beschlüsse der politischen Abstimmungsrunden und die Annäherung beider Länder in den europäischen Gremien. Sie nehmen an den deutsch-französischen Ministerräten teil und sitzen der interministeriellen Kommission für die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich vor, in der die Staatssekretäre der Ressorts sich regelmäßig treffen. Auf dem Papier dem Kanzleramt zugeordnet, wird der deutsche Beauftragte (bisher jeweils ein Staatsminister im Auswärtigen Amt) durch einen französischen Stellvertreter und den Arbeitsstab Frankreich in der Europa-Abteilung des Auswärtigen

Amts unterstützt.⁶ Von der Tatsache, dass die Beauftragten zugleich Europaminister sind, wurden integrationspolitische Impulse erwartet: Sie würden „die Dynamik der deutsch-französischen Beziehungen auch für neue europapolitische Initiativen nutzen können“, schrieben die ersten beiden Beauftragten kurz nach ihrem Amtsantritt.⁷ Drei Jahre nach dem Start des neuen Elysée-Kooperationsprozesses lassen sich indes kaum Beispiele für solche europäischen Initiativen finden. Statt als sichtbarer Impulsgeber für deutsch-französische oder europäische Initiativen zu wirken, agieren die Generalsekretäre koordinierend zwischen den Außenministerien, dem Kanzleramt/Elysée und den Fachministerien und nehmen nach außen hin Repräsentationsfunktionen wahr.

Kooperation auf der Arbeitsebene

Durch die regelmäßigen Kabinetttreffen und die eng definierten Arbeitsprogramme zwischen den Sitzungen hat die Kooperation auf der Arbeitsebene in allen Ressorts zugenommen. Die Zusammenarbeit zwischen den Ministerien wird vom Arbeitsstab Frankreich im Auswärtigen Amt und der Mission Allemagne im französischen Außenministerium koordiniert und in den Ministerien durch die so genannten Frankreich-Korrespondenten vorangebracht. Die Kooperation bezieht auch Beamte mit ein, die zuvor nicht in der deutsch-französischen Zusammenarbeit tätig waren, und die so Einblick in die Arbeitsweise, Probleme und Sichtweisen des jeweiligen Partnerlandes bekommen.

Sicherlich ist die Zusammenarbeit in vielen Fällen nicht spannungsfrei und wird von Machtspielen, kulturellen Barrieren oder auch schlichtweg als Folge von Unterschieden der politischen Prozesse erschwert. Mitunter aber gehen dank eingespielter Routinen die Vorbereitungen für den Ministerrat über eine traditionelle bilaterale Zusammenarbeit deutlich hinaus und es wird etwa schon auf Referentenebene eine gemeinsame Position erarbeitet, statt jeweils unilateral Positionen zu formulieren, um sie hinterher auf der Ebene leitender Beamter in Einklang zu bringen. Auf der höchsten Koordinierungsstufe, der Interministe-

riellen Konferenz, die darüber entscheidet, welche Themen als politisch hervorgehobene Projekte auf die Agenda des Ministerrats gelangen, wird in Berlin und Paris allerdings zunächst parallel gehandelt. Erst danach werden die beiden Positionen abgeglichen.⁸

Die Annäherung beider Verwaltungsapparate wird neben der beginnenden Verzahnung der deutschen und der französischen Diplomatenausbildung auch durch Austauschprogramme für Beamte (von jeder Seite 25 pro Jahr) vorangebracht. Austauschbeamte bekommen im Regelfall eigene Zuständigkeiten als Referenten und werden voll integriert, was ihnen Einblicke in die Besonderheiten und Interessenlagen des Partnerlandes verschafft und durch den Aufbau von Vertrauen und Kontakten die spätere operative Zusammenarbeit erleichtert.

Die intensiviertere Zusammenarbeit auf der Arbeitsebene hat in einigen Bereichen dafür gesorgt, dass der Informationsaustausch und die Interessenabstimmung zwischen Frankreich und Deutschland weniger abhängig von formalen Treffen und damit flexibler ablaufen.⁹ Viele Beamte berichten von ihrem Reflex, „zu schauen, was beim Nachbarn los ist“, wenn ein Thema auf die eigene Agenda kommt. Druck und Anreize sind gewachsen, die Entwicklungen im Partnerland mitzuverfolgen und die jeweils andere Sprache in Wort und Schrift zu beherrschen, zumal bestimmte Dokumente nicht mehr übersetzt werden.

Konkrete Ergebnisse seit 2003

Drei Jahre nach dem Elysée-Jubiläum hat die Zusammenarbeit durch diese Prozesse unbestreitbar eine neue Qualität und Dichte erreicht. Wertet man aber die Ministerratstreffen inhaltlich aus, zeigt sich, dass von den gemeinsamen Kabinettsitzungen kaum neue politische Impulse ausgegangen sind, die auf EU-Ebene übertragen wurden.¹⁰ Die Beschlüsse dienen entweder der Umsetzung der in der Gemeinsamen Erklärung festgelegten Ziele (wie etwa die Erklärung zum Libanon vom 26. April 2006, die eine gemeinsame außenpolitische Positionierung im Sinne der Elysée-Erklärung darstellt), oder bilateraler Projekte,

die sich in den Zusammenhang laufender EU-Politiken stellen lassen (wie etwa die Absichtserklärung zu gemeinsame Maßnahmen an den Außengrenzen der EU, die auf der Verordnung zur Gründung der Europäischen Grenzschutzagentur Frontex beruht).

Gleichzeitig ist man den in der Erklärung formulierten Zielen, die über den EU-Acquis hinausgehen – wie etwa die Schaffung einer deutsch-französischen Verteidigungsunion – seit 2003 nicht substanziell näher gekommen. In Bezug auf das selbst gesetzte Ziel, dass deutsch-französische „Projekte als Grundlage für die europäischen Politiken dienen“, zeichnet sich lediglich ein erster Fortschritt ab: Die im März 2006 gestarteten Initiativen zu „Forschung und Innovation“ und „Integration und Chancengleichheit“ setzen sich als Themen in der deutschen EU-Ratspräsidentschaft fort.

Bedeutung der Blaesheim-Treffen

Um die „großen“ europapolitischen Fragestellungen zu besprechen, werden statt dessen die bilateralen Konsultationen der „Blaesheim-Treffen“ genutzt.¹¹ Diese vertraulichen Gespräche zwischen den Staats- und Regierungschefs sowie den Außenministern ergänzen alle sechs bis acht Wochen die zweimal jährlich stattfindenden Kabinettskonsultationen und wurden bereits vor dem Jubiläum des Elysée-Vertrags initiiert. Hintergrund waren die auf beiden Seiten wahrgenommene Erosion der deutsch-französischen Sonderbeziehung seit der Wiedervereinigung und zunehmende Konflikte in europapolitischen Fragen. Um offene Interessenkollisionen zu vermeiden oder abzuschwächen, sollen die Blaesheim-Treffen eine nüchterne Bestandsaufnahme der Beziehungen und der jeweiligen Interessenlage ermöglichen und ein besseres Verständnis für die Befindlichkeiten des Partners fördern. Der informelle Meinungs austausch findet ohne Arbeitspapiere und Mitarbeiter statt, ist aber gelegentlich gefolgt von Pressekonferenzen. Bei den Blaesheim-Treffen vor EU-Gipfeln werden, so vorhanden, gemeinsame Positionen mitgeteilt, in der Vergangenheit etwa zum Thema Verfassungsvertrag, zum EU-Budget 2007–2013,

zur Aufnahme von Erweiterungsverhandlungen oder auch zur Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Bei den Blaesheim-Treffen kommen also mitunter die wichtigsten EU-Zukunftsfragen zur Sprache. Da aber nur im Falle eines Konsenses kurz über Ergebnisse der Konsultationen informiert wird, ist dies kein Vehikel, um eine breite politische und gesellschaftliche Diskussion anzustoßen.

Voraussetzungen für eine Impulsgeberfunktion

Aus zweierlei Gründen ist im Deutsch-Französischen darüber nachzudenken, ob ein gemeinsames weit reichendes Handeln im Sinne einer europäischen Impulsgeberschaft ohne eine profunde gemeinsame öffentliche Diskussion überhaupt möglich ist. Erstens wurde mit der Erfindung des Verfassungskonvents signalisiert, dass die Zeiten der hinter verschlossenen Türen verhandelten Paketlösungen zur Reform der EU-Institutionen beendet seien. Es wurden gute Gründe dafür genannt, warum an die Stelle der Regierungskompromisse eine breite öffentliche Diskussion angeknüpft an die Konventsarbeit treten sollte. Zweitens hat Frankreich im Vorfeld des Verfassungsreferendums eine an Intensität bislang einmalige Europa-Debatte erlebt, die trotz aller Polemik beteiligter Akteure ein deutliches Europainteresse der Bevölkerung demonstriert hat. Aufgrund der verfassungsmäßig verankerten Referenden zu allen EU-Erweiterungen nach Kroatien sind weitere Debatten vorprogrammiert, und es wird sich auch im Deutsch-Französischen die Frage nach der Symmetrie von Ratifizierungsmechanismen in der EU stellen (aus deutscher Sicht nach dem Motto: Warum die und wir nicht?). Gleichzeitig gibt es in Frankreich seit dem Referendums-„Nein“ keinen tragfähigen europapolitischen Konsens mehr. Dieser muss sich erst durch eine Fortführung der Diskussion herausbilden.

In Bezug auf die EU-Zukunftsdiskussion fällt der Modus Vivendi des Deutsch-Französischen

hinter beide Ereignisse zurück. Die öffentliche Debatte hat kaum einen Stellenwert – und dient allenfalls der Bestätigung der Unterschiede, nicht der konstruktiven Auseinandersetzung. Die Parlamente¹² nehmen in den bilateralen Beziehungen eine nachgeordnete Rolle ein. In den drei Jahren seit Beginn der verstärkten Kooperation wurden die gemeinsamen Kabinettsitzungen kaum dafür genutzt, Fragen zur Zukunft der EU anzusprechen, und wenn dies getan wurde, geschah es ohne Ausstrahlung in die Öffentlichkeit. Bei der ersten gemeinsamen Kabinettsitzung nach dem Scheitern des französischen Verfassungsreferendums stand nicht der Vertrag oder die gemeinsame Interpretation der Gründe des „Neins“ als Thema auf der Tagesordnung für die offene Diskussion zu Beginn der Ministerratssitzung – sondern eine mögliche EU-Energiepolitik. Lediglich im Mai 2004 wurde, allerdings ohne nennenswertes Ergebnis, das Thema „Bürgernahes Europa“ im Ministerrat diskutiert.

So sparen die Ministerräte sorgsam jede tiefer gehende Zukunftsdiskussion aus, während die wichtigen Zukunftsfragen den vertraulichen Blaesheim-Treffen vorbehalten sind. Obgleich es einen grundlegenden grenzüberschreitenden Bedarf an der Diskussion wichtiger Fragen der Europapolitik gibt, spielt der Deutsch-Französische Ministerrat bei der Bearbeitung der EU-Verfassungskrise allenfalls implizit eine Rolle, indem über die konkreten bilateralen Projekte der Bevölkerung den „Nutzwert“ der deutsch-französischen Zusammenarbeit demonstriert wird und so Akzeptanz für die europäische Integration geschaffen werden soll. Dies ist aber nur ein kleiner Beitrag angesichts der deutsch-französischen Herausforderung, einen Konsens über die Bedeutung und die Perspektiven der Integration zu finden.

Diese Diskussion sollte angesichts des Verlusts an europapolitischer Führungsmacht der politischen Elite in Frankreich und der kaum nennenswerten öffentlichen Auseinandersetzung etwa über den Verfassungsvertrag in Deutschland auch öffentlich geführt werden. Die Parlamente, deren

„Die Ministerräte sparen sorgsam jede tiefer gehende Zukunftsdiskussion zur Europapolitik aus.“

Europaausschüsse sich anders als etwa der Ministerrat substanziell und öffentlich mit den Problemen in der EU und den Schlussfolgerungen aus dem „Nein“ auseinandergesetzt haben, sind dabei wichtige Foren.

Damit Deutschland und Frankreich in der EU überhaupt wieder als Impulsgeber wirken können, müssen sie zunächst eine grundlegende Verständigung über eine gemeinsam anzustrebende Zu-

kunft der EU entwickeln.¹³ Die „Projekte“ im Deutsch-Französischen Ministerrat berühren die Frage nach der Finalität der EU nicht: Sie gehen über den bestehenden Acquis im Wesentlichen nicht hinaus. Aus der projektbezogenen Zusammenarbeit werden sich die in der Gemeinsamen Erklärung postulierten Integrationsimpulse daher allenfalls auf Nebenschauplätzen ergeben.

- 1 Einen Überblick über die aktuelle Verfassungsdiskussion geben: Andreas Maurer / Daniela Schwarzer: Negotiating hidden agendas. The German Presidency and the EU's Constitutional Malaise. In: *The International Spectator*, 1/2007, im Erscheinen.
- 2 Dieser Artikel basiert auf den Ergebnissen der Studie Daniela Schwarzer: Deutschland und Frankreich – Duo ohne Führungswillen. Das bilaterale Verhältnis in der erweiterten Europäischen Union. SWP-Studie 2006/ S 15, Juli 2006, abrufbar unter www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=3111. Im Rahmen der Studie wurden in Paris und Berlin 2005/2006 über 20 Experteninterviews durchgeführt.
- 3 Die operative Zusammenarbeit seit dem Elysée-Jubiläum ist weitgehend unerforscht. Eine Ausnahme bilden neben oben genannter Studie die Beiträge von Brice Laménie: „Les secrétaires généraux et leurs structures d'appui: les moyens d'une adaptation institutionnelle de la coopération franco-allemande?“. In: *Allemagne aujourd'hui*, 171, Januar–März 2005, S. 121–132 und „Comment se prépare un conseil des ministres franco-allemand?“ In: *Allemagne aujourd'hui*, 175, Januar–März 2006, S. 90–106.
- 4 Wichard Woyke: Deutsch-Französische Beziehungen – Das Tandem fasst wieder Tritt. 2. Auflage, Opladen 2004, S. 187; siehe auch Helen Drake, „France: An EU Founding Member Cut Down to Size?“ In: *Journal of European Integration*, 28, März 2006, 1, S. 89–105.
- 5 Siehe zu letzterem Punkt auch die Erklärung des Deutsch-Französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrats vom 23.1.2003.
- 6 Am 10.6.2003 wurde der Staatsminister für Europa, Hans-Martin Bury, zum Beauftragten für die deutsch-französische Zusammenarbeit ernannt. Am 21.12.2005 wurde er von Staatsminister Günther Gloser abgelöst. Auf französischer Seite wird die Aufgabe derzeit von der Europaministerin im französischen Außenministerium Catherine Colonna wahrgenommen. Ihr Stellvertreter ist der deutsche Diplomat Christian Held, der zugleich Mitglied im Kabinett des französischen Außenministers Philippe Douste-Blazy ist.
- 7 Hans-Martin Bury / Noëlle Lenoir: „Eine neue Etappe der Zusammenarbeit zwischen Berlin und Paris“. In: *Handelsblatt*, 17.9.2003.
- 8 Gemeinsame Sitzungen der Interministeriellen Konferenzen in beiden Hauptstädten und die vor dem Elysée-Jubiläum kurz erwogene Idee, nur einen einzigen Beauftragten für die deutsch-französischen Beziehungen mit einem Stellvertreter aus dem anderen Land einzusetzen, könnten dies ändern. Dies entspräche den weitreichenden Zielen der Elysée-Erklärung, würde allerdings einen großen Schritt von einem bilateralen zu einem im eminenten Sinne deutsch-französischen Verhältnis bedeuten.
- 9 Dies gilt nicht für alle Politikfelder. Für den Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik etwa wird bemängelt, dass sich der Reflex, den Partner auf eigene Initiative zu informieren, trotz starker Institutionalisierung nicht immer einstelle. Regelmäßige Zusammenkünfte in den deutsch-französischen Gremien, wie etwa im Deutsch-Französischen Verteidigungsrat, können dies nur bedingt kompensieren. Für viele Beteiligte bleibt es daher das Ziel, den Informationsaustausch flexibler zu gestalten und zeitlich zu straffen.
- 10 Ein detaillierter Überblick über die Ergebnisse der bis Juni 2006 durchgeführten Sitzungen findet sich bei Daniela Schwarzer (2006), a.a.O. (Anm. 2), S. 30.
- 11 Die „Blaesheim-Treffen“ sind nach dem elsässischen Ort Blaesheim benannt, wo die informellen Gespräche zwischen den französischen und deutschen Staats- und Regierungschefs sowie ihren Außenministern am 31. Januar 2001 zum ersten Mal abgehalten wurden.
- 12 Zur Zusammenarbeit der Parlamente siehe Daniela Schwarzer (2006), a.a.O. (Anm. 2), S. 18 f.
- 13 Diese könnte ein starker externer Druck wie etwa eine Dollar-Krise, der dem Interesse an einem gemeinsamen Handelns neues Gewicht verleihen könnte, befördern.